



Stadt Köln

Eingang 29. Jan. 2013

Dezernat II

Detlef Hagenbruch
Jahnstraße 32-34
Dipl.-Ing. VDI, ASHRAE, BWE
50676 Köln
T 0221/230735
M 0172 4515010
E detlef.hagenbruch@koeln.de

D.Hagenbruch Jahnstrasse 32-34 D 50676 Köln
Stadt Köln
Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
Historisches Rathaus

50667 Köln



Stadt Köln

Eingang 25. Jan. 2013

Der Oberbürgermeister

Köln, den 21. Januar 2013

Einwendung gegen den Entwurf Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014 gemäß § 80 GO NRW

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

als Einwohner der Stadt Köln erhebe ich hiermit Einwendung gegen die Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014. Gemäß GO NRW hat die Stadt Köln ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Haushaltswirtschaft ist wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Das sehe ich hier nicht.

Der Arbeitsaufwand durch den eingebrachten Doppelhaushalt ist keineswegs geringer geworden, da zwei Haushalte erstellt und zusammengeführt werden mussten und künftig mit der Aufstellung von Nachtragshaushalten mit absoluter Sicherheit zu rechnen ist. Es bestehen keine sachlichen Gründe für einen Doppelhaushalt, sondern allein machtpolitische, die mit einer Vernunftpolitik nichts zu tun haben. So werden finanziell negativen Entwicklungen und Kostensteigerungen weitgehend aus dem Fokus der Öffentlichkeit herausgehalten werden. Die Verwaltung begibt sich in einen Blindflug mit unabsehbaren Folgen, denn die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt steht vor einer großen Bewährungsprobe. Erste dunkle Wolken sind am Wirtschaftshimmel erkennbar. Wo ist die versprochene Transparenz, offenen Diskussionen und eine solide Haushaltspolitik erkennbar, die gerade heute am besten nur auf „Sichtflug“ funktionieren kann? Bei einem möglicherweise Ausbleiben von Wirtschaftswachstum (Gewerbesteueraufkommen) kann ein Gegensteuern kaum zeitnah realisiert werden und würde den Negativtrend dramatisch beschleunigen. Deshalb benötigt Köln eine Lenkung der Finanzen auf Sicht – sprich einen soliden Haushalt 2013.

Die finanzielle Schieflage der Stadt veranlasst mich nun zu einigen Einwendungen, die ich hier nachfolgend aufzeige:

1. schulische Inklusion

Die Stadt Köln trumpft mit ehrgeizigen Plänen auf, 80 Prozent der Kinder mit Behinderungen in Regelschulen künftig beschulen zu wollen (**schulische Inklusion**). Ein wichtiger Baustein ist dabei die Inklusionspauschale, die Kindern mit Behinderungen den Besuch einer Regelschule erleichtern soll. Sie wird vom Schulträger allerdings völlig unzureichend genutzt. Hier könnten erheblich höhere Mittel abgerufen werden. Bei den Planungen, Forderungen und Umsetzungen der schulischen Inklusion sollen unter besonderer Beachtung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt) die benötigten Gelder zur Umsetzung von Maßnahmen, die Land und Bund von den Kommunen abverlangen, diese auch den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Nun widerspricht die Landesregierung dem, dass Inklusion kein Konnexitätsfall sei. Es ist unstrittig, dass es sich um

ganz erhebliche Beträge handelt. Es geht nicht nur um den Umbau von Schulen und die inklusionsgerechte Ausstattung von Schulen. Notwendig ist auch, das ist unstrittig, mehr Personal. Dabei geht es nicht um Lehrkräfte, die das Land bezahlt, sondern um Personal wie Therapeuten und Sozialarbeiter, für das die Stadt Köln aufkommen müsste. In der Haushaltsunterlage ist ein derart erhöhtes Aufkommen von Leistungen nicht ausgewiesen. Wie geht die Verwaltung mit diesem Problem unzureichender Nutzung der Inklusionspauschale und der Verweigerung der Konnexität um und wie ist der nun auszuweisende Betrag zusammengefasst und für den Bürger nachvollziehbar? In der Haushaltsunterlage ist das keineswegs zu erkennen bzw. transparent dargestellt.

2. Sanierung öffentlicher Gebäude

Zahlreiche **öffentliche Gebäude**, insbesondere Schulen und Museen befinden sich in einem kaum noch zu vertretbaren Zustand wobei sich Reparaturen häufen und Sanierungskosten laufend weiter erhöhen, Maßnahmen ständig weiter verschoben werden müssen und so zu ungeplanten, vermeidbaren Mehrausgaben zur Aufrechterhaltung des Betriebes führen. Die beauftragte Kostenschätzung von Sofortmaßnahmen einer Sanierung des Römisch Germanischen Museums belaufen sich auf aktuell 20 Mio. € und werden täglich höher. Derartiges Handeln ist weder mit Wirtschaftlichkeit, Grundsätzen von Effizienz noch Sparsamkeit vereinbar. Ist diese museale Einnahmequelle als Bestandteil der weiteren Museen mit insgesamt ca. 1 Mio. Besuchern im Sanierungsprogramm des Doppelhaushaltes ausgewiesen? Das ist nicht erkennbar. Welche Mittel werden zum Schutz des Erhaltungszustandes öffentlicher zu sanierender Gebäude aufgewendet? Das ist m.E. nicht ausgewiesen. Das zeugt nicht von einer transparenten, wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Haushaltswirtschaft.

3. jüdisches Museum

Die Stadt Köln plant seit Jahren ein **jüdisches Museum** in der archäologischen Zone und verabschiedete nun den Bau ohne belastbare Kenntnis einer technisch und statisch machbaren Ausführung, aber somit auch ohne eine vorliegende, belastbare Kostenkalkulation. Neueste Erkenntnisse zeigen aber weiter laufende ^{*}Kostensteigerungen. Städte wie Stuttgart, Berlin oder Hamburg haben es uns doch vorgemacht, wie Politik Kosten treibt. Jüdische Museen in Berlin und München zeigen ebenfalls auf, wie das anfängliche Besucherinteresse nachläßt. Ein von der Politik gern getätigter Vergleich mit dem archäologischen Park Xanten ist schlichtweg unsachlich. Dieser bietet nämlich römische Geschichte mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen Ganztagerlebnisse für die ganze Familie. Der Archäologische Park ist gleichzeitig ein hochrangiger Forschungsstandort das bedeutende Bodendenkmal der einzigen römischen Stadt nördlich der Alpen, die seit der Antike nicht überbaut wurde. Große Teile der Kölnerinnen und Kölner wissen nicht, dass dieses jüdische Museum durch Kredite finanziert wird. Die fiktiven, utopischen Besucherzahlen (jeder Besucher aller neun städtischen Museen – ca. 1 Mio. - müsste auch das künftige jüdische Museum besuchen) hat keinerlei realistischen Bezug. Das zeugt eher von einer Vision der Investition (Stadt Köln) und Betriebskosten (LVR), aber hat nichts mit einer transparenten, wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Haushaltswirtschaft zu tun. Warum werden die Aufwendungen für den Zeitraum des Doppelhaushaltes von archäologischer Zone und jüdischem Museum für Bürgerinnen und Bürger nicht transparent dargestellt?

4. Straßen und Brücken

In Köln verfallen **Straßen und Brücken**. Die jahrelange Fahrlässigkeit zeigt ihre Wirkung. Es wird geflickt, aber nicht saniert. Der Verwaltung vorgestellte Maßnahmen einer schnellen und extrem kostengünstigen Straßensanierung aus dem Ausland werden nicht angenommen. Nicht einmal für einen Versuch. Vielleicht passen sie einfach nicht in das Denken dieser Stadt. Große, deutsche Straßenbauer dagegen dürfen nicht VOB-konforme, leise Strassen bauen, deren Effekt nach einigen Jahren verpufft. Da scheint es besser die Straßen etc. so weit zu ruinieren, bis sie nicht mehr reparabel sind, um sie dann komplett zu sanieren. Reparaturen sind Sache der Stadt, bei Sanierungen sitzt der Bürger (mit 30 bis 70%) mit im Boot. Diesen strategischen Ansatz hat die Kölner Bürgerschaft längst erkannt. Eine Verschiebung von sorgfältigen Reparaturen stört das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ganz empfindlich, verursacht durch Staus oder erzwungene Umwege und somit eine vermeidbare Umweltverschmutzung. Die hier eingeplanten, viel zu geringen Mittel führen zu einem späteren Zeitpunkt zu überproportional hohen Kosten. Dies widerspricht dem Grundsatz einer wirtschaftlichen (technisch und rechnerisch), effizienten und somit sparsamen Haushaltswirtschaft. Auch ist im Doppelhaushalt nicht erkennbar, welche Summen zur Straßensanierung städtischer Straßen im Verhältnis zur Kostenbeteiligung der betroffenen Hausbesitzer/Bürger stehen. Wenn der Bürger sich beteiligen muss, wird der Straßenbau auch zur Bürgerangelegenheit. Soweit zur ungenügenden Transparenz und Bürgerbeteiligung.

5. Carsharing

Die Ausweitung des **Carsharing**-Systems auf 1.150 Fahrzeuge ist eine höchst sinnvolle Sache, die allerdings für den überwiegenden Teil der Bewohner der Innenstadt zu katastrophalen Parkproblemen bereits geführt hat. Denn es wurden keine weiteren Parkplätze geschaffen, sondern im Gegenzug mehr als weitere 70 bereits gekappt. In

der Innenstadt wohnen nicht nur Menschen, sondern diese benötigen ein Fahrzeug auch um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Die veedelsweise ausgegebenen Anwohnerparkplaketten stellen nur in unzureichender Weise eine Parkmöglichkeit für Anwohner dar, da viel zu viele Plaketten ausgegeben wurden, bzw. neue Parkplätze nicht geschaffen wurden. Die Einnahmen durch die pauschalieren Parkplatzgebühren der Carsharing-Unternehmen sind im Doppelhaushalt nicht erkennbar. Diese Maßnahme sowie Vorgehensweise geht zu Lasten großer Anteile der InnenstadtbewohnerInnen und stellt eine äußerst bürgerfeindliche Handlungsweise dar. Sie zeugt auch nicht von einer transparenten, wirtschaftlichen und effizienten Bewirtschaftung im Sinne der Solidargemeinschaft Kölner Bürgerinnen und Bürger.

6. Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Kölner **Arbeitslosenquote** liegt mit 12,3 % (einschließlich der vielen Arbeitssuchenden in Förderprogrammen) weit über dem Landesdurchschnitt mit 8,1 %. Hiergegen kämpft die Arbeitsagentur mit teils erfolgreichen Mitteln, damit diese arbeitswilligen Menschen so schnell wie möglich wieder in eine geeignete Tätigkeit zurückkehren. Aber in Köln leben auch viele arbeitsfähige Menschen von der staatlichen Grundsicherung – und das dauerhaft. Es sind für mich im Doppelhaushalt keine Maßnahmen erkennbar, diesen hartnäckigen Sockel in der Arbeitslosigkeit - einer sogenannten drohenden Verfestigung – mit finanziellen Anreizen zu unterstützen bzw. zu bekämpfen.

Sie selbst, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bemerkten in Ihrer Haushaltsrede beispielsweise, dass die finanzielle Schiefelage der Stadt bedrohlich ist, was mich nun zu meinen Einwendungen veranlasst hat.

Daher stelle ich die folgenden Anträge:

1. Der Rat möge den vorgesehenen Doppelhaushalt aufheben und eine Haushaltssatzung für ausschließlich 2013 beschliessen.
2. Der Rat möge erheblich mehr Mittel, als bislang ausgewiesen, für die Sanierung öffentlicher Gebäude insbesondere Schulen aber auch Museen einstellen.
3. Der Rat möge beschließen, dass die Planungen für ein Museum auf dem Rathausplatz sofort einzustellen sind und davon unabhängig lediglich die archäologische Zone realisiert wird, weil deren Kosten die Landesregierung zur Verfügung stellt (14,3 Mio. €). Bedeutsame Funde der archäologischen Zone werden im Stadtmuseum und dem RGM ausgestellt, die bereits zahlreiche Exponate ausstellen. Die geplanten Mittel für das Museum sollen vorrangig in das RGM und die übrigen reparaturbedürftigen Museen bzw. Kultureinrichtungen investiert werden. Sie sind schließlich Aushängeschilder der Stadt.
4. Der Rat möge deutlich mehr jährliche Mittel für den Erhalt der Infrastruktur gemäß einem aufzustellenden Investitionsplan einstellen, damit Brücken, Straßen, Plätze etc. wieder der allgemeinen Qualität und des Verkehrsaufkommen einer Millionenstadt Rechnung tragen. Eine Kostenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei durchzuführenden Sanierungen von irreparablen Straßen sind (Kommunalabgabengesetz) aufgrund der allgemein deutlich gestiegenen Gebühren/Abgaben, etc. sind möglichst gering zu halten und vorab transparent den Betroffenen detailliert darzustellen.
5. Zur Finanzierung der dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen möge der Rat beschließen, Anteile bis maximal 25 Prozent an auszuwählenden städtischen Unternehmen zu veräußern. Auch sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass sich Bürger an den städtischen Gesellschaften beteiligen.
6. Der Rat möge beschließen, dass ein strenges Kontrolling in den einzelnen Dezernate eingeführt wird(dort wo noch nicht vorhanden), um Einnahmeeinbußen mit Ausgabenauswüchsen rasch entgegentreten zu können. Damit verfügt man stets über belastbares Zahlenmaterial, womit Möglichkeiten einer Optimierung/ Verbesserung stets gegeben sind. Die teilweise höchst überraschenden Negativergebnisse in der Vergangenheit dürfen künftig nicht mehr auftreten und sollten auch Konsequenzen nach sich ziehen.
7. Der Rat soll beschließen, dass die Einnahmen des Carsharingparkens zur Errichtung neuer Anwohnerparkplätze erkennbar eingesetzt werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ein Spareffekt zu einer beginnenden Haushaltskonsolidierung ist nicht erkennbar. Gegenüber dem ursprünglichen Ergebnis des Haushaltsentwurfes 2013 (-230 Mio. €) wären die Defizite in den kommenden Jahren sogar noch weiter gewachsen. Eine stark verschuldete Stadt wie Essen, die weitaus schlechtere Chancen zur Minimierung ihrer Haushaltsschulden besitzt, versucht eine Haushaltskonsolidierung bereits in 2015 hinzubekommen, Köln erst in 2022. Eine Stadt wie Monheim senkt die Gewerbesteuer, zieht damit große Steuerzahler an und erhöht damit Steuereinnahmen in astronomische Höhen. Wo sind die Ideen zum Marketing, soll heißen zum zukunfts- und wachstumsorientierten Denken und Handeln? Wo sind solche Analysen, wie verbessert die Verwaltung die Rahmenbedingungen für Ansiedlung interessanter Unternehmen, wie vermeidet man Gebühren- und Abgabenerhöhungen, wie reduziert eine effizienzorientierte Verwaltung Kosten, auch um die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Fragen über Fragen, die diesen

Doppelhaushalt begleiten. Wann wacht die Ratsmehrheit auf. Sie sollte eigentlich als Gestaltungsmehrheit in dieser unserer Stadt gelten. Weit gefehlt. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren oft genug nur, was nicht geht. Das, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ist bei unsicherer Gewerbesteuerentwicklung ein Spiel mit dem Feuer. Überdenken Sie den Haushalt, nehmen Sie sinnvolle Korrekturen vor und Sie werden bei großen Teilen der Kölner Bürgerinnen und Bürger auf Zustimmung stoßen..

Mit freundlichen Grüßen


Detlef Hagenbruch